

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1695

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1695



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Gegensätzliche Vorstellungen von politischer Führung

«Ich bin nie so autoritär aufgetreten wie Grimm, der auch mal einfach selbstherrlich Dinge entschied. Die Beschlüsse, die ich in unserer Partei verantwortete, waren alle demokratisch sauber abgestützt.» Dies äussert Christoph Blocher im Beitrag vom 15. Dezember 2017. Damit stellte Christoph Blocher die Wahrheit auf den Kopf.

- Blocher sagt kein Wort zur politischen Bedeutung seines privaten Vermögens. Mit diesem Vermögen ist es Christoph Blocher möglich, eigene politische Kampagnen zu finanzieren.
- Grimm hatte diese Möglichkeit nie. Er konnte sich nur dann durchsetzen, wenn es ihm gelang, die demokratisch gewählten Führungsgremien und die Mitglieder der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei zu überzeugen. Dies war besonders wichtig zur Zeit des Landesstreiks, wie in den entsprechenden [Protokollen](#) nachgelesen werden kann. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei finanzierten sich damals wie heute in erster Linie aus Mitgliederbeiträgen und nicht aus Spenden.

Robert Grimm hat sich zum Unterschied zwischen Führung und Basis in bürgerlichen Parteien und in der Arbeiterbewegung in seiner Rede im Nationalrat während des Landesstreiks am 13. November 1918 deutlich geäussert. Damals rief er den bürgerlichen Parlamentariern zu:

«Sie beherrschen die Kunst des Drahtziehens. Ihre 'Volksbewegungen' machen sich am Biertisch, auch Ihre Kandidaturen. Sie sind nicht in erster Linie Vertrauensmänner, sondern Vertreter von Cliques und kleinen Zirkeln. Sie haben keine näheren Beziehungen zum Volke, oder soweit sie solche haben, sind es die des angestammten Herrn zum geduldig aufblickenden Volke. Da mögen Sie allerdings der Ansicht sein, man brauche nur eine Parole auszugeben, um Hunderttausende von Menschen in Bewegung zu setzen. Aber diese Auffassung wird den Tatsachen und Ereignissen nicht gerecht. Wir können das Signal ausgeben, es müsste indes versagen, wenn die Stimmung nicht vorher schon vorhanden wäre. Sie werden oder wollen das nicht verstehen.»

Grimm verstand sich somit als Vertrauensmann der Arbeiterinnen und Arbeiter. An Blocher erinnert dagegen eher Grimms Bemerkung über die «Beziehungen (...) des angestammten Herrn zum geduldig aufblickenden Volke.» Darum hinkt auch der Vergleich, den Christoph Blocher im weiteren Verlauf des Beitrags zieht:

«Sicher, im Umgang mit den einfachen Leuten ähneln Grimm und ich uns. Aber ich habe das richtige Ziel, und er hatte das falsche.»

Lassen wir für einmal Christoph Blochers letztlich wohl religiöse Gewissheit bei Seite, die «richtigen» von den «falschen» Zielen unterscheiden zu können – im Unterschied zur Annahme des Journalisten Linus Schöpfer finden sich weder in der kritischen marxistischen Tradition im Allgemeinen noch bei Grimm im Besonderen solche kruden politisch-moralischen Werturteile.

Denn Robert Grimm war im Unterschied zum Pfarrersohn und Multimilliardär Christoph Blocher kein privilegierter «Herr». Ganz im Gegenteil schärfte Robert Grimm – ursprünglich selbst ein Arbeiter – sein ganzes Leben lang den Arbeiterinnen und Arbeiter ein, dass nur sie sich selbst von Unsicherheit, Ausbeutung und

Unterdrückung befreien können. Grimms Reden und Artikel waren Beiträge zur politischen Bildung, sie klärten auf und vernebelten nichts.

Dabei war sich Robert Grimm bewusst, dass demagogisch argumentierende Vertreter der besitzenden Klassen, durchaus auch unter Arbeiterinnen und Arbeitern Gehör finden können. So sagte Grimm im Juli 1918 folgendes über eine damals populäre fremdenfeindliche Petition:

«Ich erinnere an die Petition betreffend die Deserteure und Refraktäre. In jenen paarmal hunderttausend Unterschriften, denen wir es zum Teil zu verdanken haben, dass es heute in der Schweiz eine Deserteurfrage gibt, die eine so namenlose Schmach für die Tradition unseres Landes bedeutet, eine Schmach für alles demokratische und republikanische Empfinden — jene Unterschriften rühren zum Teil auch von Arbeitern her, die leider nicht begriffen haben, dass der chauvinistisch-nationalistische Kampf der Pfahlbürger im letzten Grunde gegen die gesamte Arbeiterbewegung des Landes gerichtet ist.»

(Protokoll des Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses. Samstag, den 27. und Sonntag den 28. Juli 1918 in der Burgvogtei Basel, Bern: Unionsdruckerei 1918, S. 8)

In diesen Worten Grimms kommt der grundlegende Gegensatz zwischen der demokratischen Arbeiterbewegung und rechtsbürgerlichen demagogischen Kampagnen deutlich zum Ausdruck. Sie haben auch hundert Jahre später nicht an Gültigkeit verloren.

Robert Grimm – ein Kämpfer gegen die Anpassung an Nazi-Deutschland

Christoph Blocher behauptet, Robert Grimm habe sich 1940 im Nationalrat für eine Anpassung an Nazi-Deutschland ausgesprochen. Tatsächlich hat sich kaum ein anderer Politiker 1940 so konsequent gegen jede Anpassung der Schweiz an die deutschen und italienischen Faschisten ausgesprochen wie Grimm.

Am 18. Februar 1940 sagte Grimm in seiner Rede «[Die Arbeiterschaft in der Kriegszeit](#)» am Parteitag der Berner Sozialdemokraten über Adolf Hitler, Benito Mussolini aber auch den kommunistischen Diktator Josef Stalin:

«Diese Diktaturen stellen in ihrer Gesamtheit einen Rückfall in die Barbarei dar. Sie vernichten die Grundrechte der Menschheit, zerstören die Freiheiten und Rechte der Bürger, zerschlagen Treu und Glauben, als Grundlage der gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie bedeuten die Methoden des Massakers, die Methoden der brutalen Vernichtung des Gegners, unbekümmert um seine Klassenstellung.» (S. 5)

Gegen diese Charakterisierung ihrer Regimes protestierten die italienische und deutsche Botschaft beim Bundesrat. Einflussreiche Personen, die grösstenteils aus dem deutschfreundlichen «[Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz](#)» stammten, unterzeichneten die «[Eingabe der 200](#)» und griffen Robert Grimm für seine Rede an. Die Rede Grimms enthalte «Beschimpfungen ausländischer Regierungen», die aus «dem Wortschatz internationaler Emigranten» entlehnt seien. Generell war die Eingabe der 200 ein Frontalangriff auf die Grundfesten der Unabhängigkeit, der Meinungsfreiheit und der Demokratie. Die Unterzeichner der Eingabe der 200 verlangten die «Ausschaltung» aller zum Widerstand bereiter schweizerischer Politiker und Journalisten, sie erwähnten aber nur Robert Grimm namentlich. Die Personen, welche die Eingabe unterzeichnet hatten, waren teilweise sehr einflussreiche Wirtschaftsführer, Offiziere und Chefbeamte. Brisant ist zudem, dass die Angriffe auf Robert Grimms Rede vom Februar 1940 zeitweise auch von [General Guisan](#) unterstützt wurde.

Der Bundesrat gab diesem Druck jedoch nur teilweise nach: Robert Grimm blieb auf seinem Posten als Leiter der kriegswirtschaftlichen Abteilung für Kraft und Wärme. Von Grimms damaliger Tätigkeit profitierte übrigens auch die spätere EMS-Chemie stark. Sie stellte damals kriegswirtschaftlich wichtige Ersatztreibstoffe her.

Wenig Mut bewies der Bundesrat aber damit, dass er die weitere Verbreitung der Rede Grimms vom 18. Februar 1940 verbot. Möglicherweise wurde es gerade damit leichter, Falschmeldungen über Grimms Positionen zu verbreiten.

Aus der Parlamentsrede Robert Grimms (auf S. 88-90 [des Sitzungsprotokolls](#)) der Vereinigten Bundesversammlung vom 18. Juli 1940, auf die Christoph Blocher anspielt, wird bisweilen nur der folgende Satz isoliert zitiert:

«Die Voraussetzungen der bisherigen traditionellen Neutralitätspolitik sind durch die europäischen Ereignisse zerstört. Eine Neuorientierung der Innen- und Aussenpolitik der Schweiz drängt sich gebieterisch auf.»

Unterschlagen werden dabei die nächsten Sätze des Votums. Diese zeigen in aller Deutlichkeit, dass Robert Grimm im Sommer 1940 für alles andere als eine Anpassung der Schweiz an das faschistisch beherrschte «Neue Europa» plädierte:

«In dieser Zeit des Umbruchs bleibt für das Schweizervolk ein Ziel und eine Aufgabe unverrückbar: Der Versuch zur Behauptung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Landes und des Denkens seines Volkes. Dieser Versuch setzt die Einigkeit und Geschlossenheit des ganzen Volkes voraus. Nur eine einzige und geschlossene, innerlich ausgerichtete Nation ist imstande, die ihr heute noch gebotene schmale Chance auszuwerten, die politischen Kräfte zu sammeln, um ihre Freiheit zu wahren und ehrenhaft vor der Geschichte zu bestehen.»

Grimm hielt diese Rede am 18. Juli 1940 unmittelbar nach einer Ersatzwahl in den Bundesrat: Grimm protestierte dagegen, dass die bürgerliche Parlamentsmehrheit den Anspruch der Sozialdemokraten – der wählerstärksten Partei – auf eine Vertretung in der Regierung erneut übergeben hatten: Gewählt worden war der Solothurner Freisinnige und Von Roll-Manager Walther Stampfli und nicht der Basler Sozialdemokrat Gustav Wenk.

Diese Machtdemonstration gegen einen Viertel der Bevölkerung erlaubte sich die bürgerliche Parlamentsmehrheit ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz wohl gefährdeter war als jemals zuvor: Am 20. Juni 1940 hatte die französische Armeeführung um Marschall Pétain vor den Invasoren kapituliert. Sieht man vom formal unabhängig bleibenden, aber mit Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien kollaborierenden Vichy-Regime im Süden Frankreichs ab, war die demokratische Schweiz nun von den faschistischen Achsenmächten umzingelt.

Die «Diktatur des Proletariats»

Im Artikel im «Tagesanzeiger» und «Bund» vom 15. Dezember 2017 sagt Christoph Blocher: «Grimm wollte eine Diktatur des Proletariats nach russischem Vorbild errichten».

Diese Aussage ist so nicht haltbar: Zwar verwendete Robert Grimm tatsächlich während einiger Zeit Karl Marx' Begriff der «Diktatur des Proletariats». Dieser Begriff steht bei Marx für die Phase des Übergangs des Kapitalismus zum Sozialismus. Marx ging davon aus, dass die Arbeiterklasse die Macht im Staat übernehmen solle – und dies vorzugsweise auf friedliche und demokratische Weise. Die Mittel der Staatsmacht sollten die Arbeiter dann zur Überwindung des Kapitalismus und – falls notwendig – zur Abwehr konterrevolutionärer Putschversuche verwenden.

Der Begriff «Diktatur des Proletariats» ist somit nicht identisch mit der seit 1917 in Russland entstehenden bolschewistischen Diktatur, die sich immer mehr in eine Diktatur der Partei und schliesslich der Parteispitze über das Proletariat entwickelte.

Die Diktatur der bolschewistischen Partei in Sowjetrußland war für Robert Grimm *nie* ein Vorbild für die Schweiz. Am Parteitag der SPS vom Dezember 1920 hielt Robert Grimm das Hauptreferat gegen den Beitritt der SPS zur Kommunistischen Internationale. Diese war von Moskau aus nach zentralistischen und schematischen Kriterien geführt. Die Anhänger des Beitritts verliessen darauf die Partei und gründeten die «Kommunistische Partei der Schweiz (KPS)».

Nachdem der Begriff «Diktatur» in den 1930er Jahren zunehmend mit den Regimes Hitlers, Mussolinis und auch Stalins gleichgesetzt wurde, hörte Robert Grimm auf, den missverständlich gewordenen Begriff der «Diktatur des Proletariats» zu verwenden. Die klar ablehnende Haltung Grimms zu den faschistischen und stalinistischen Diktaturen kann man unter anderem in seiner Rede «[Die Arbeiterschaft in der Kriegszeit](#)» am Parteitag der Berner Sozialdemokratie vom Februar 1940 nachlesen.

Das Papier zur «Generalstreikfrage» – eine Studie über «Kampfmittel» und ihre «Konsequenzen»

Gegenüber dem Journalisten Linus Schöpfer sagte Christoph Blocher: «Er [Grimm] plante den Landesstreik exakt voraus, in vier Phasen. Zum Glück für uns konnte er nicht alle Phasen realisieren.» Christoph Blocher spielt hier auf das von Grimm entworfene Papier [«Generalstreikfrage»](#) vom Februar/März 1918 an. Die meistzitierte Passage dieses Papiers lautet:

«Die Anwendung der ausserparlamentarischen Kampfmittel kann in vier Phasen eingeteilt werden:

1. Allgemeine Agitation in Volks- und Demonstrationsversammlungen durch die Presse, Broschüren, Flugblätter, Aufrufe usw.
2. Steigerung der Agitation durch Demonstrationsversammlungen während der Arbeitszeit.
3. Steigerung der Aktion durch den befristeten allgemeinen Streik und seine eventuelle Wiederholung.
4. Die Anwendung des unbefristeten allgemeinen Streiks, der zum offenen Bürgerkrieg überleitet und den Sturz der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zum Ziel hat.»

Doch anders als dies Christoph Blocher unterstellt, war das Papier «zur Generalstreikfrage» keine exakte Vorausplanung des Generalstreiks, es hatte einen anderen Zweck. Robert Grimm erklärte an der kombinierten Konferenz der Leitungen des Gewerkschaftsbunds und der Sozialdemokratischen Partei vom 1.-3. März 1918 im Volkshaus Bern, warum er das Papier entworfen hatte:

«Wir müssen uns klar sein, welche Kampfmittel wir besitzen, aber auch darüber, welche Konsequenzen diese Mittel in sich schliessen.» ([Protokoll Konferenz](#), S. 4)

Zur 4. Phase (unbefristeter Generalstreik), führte Grimm an der erwähnten Konferenz zudem präzisierend aus:

«Der unbefristete Streik kommt für uns heute kaum in Frage, da er in seinen Konsequenzen unabsehbar ist. Das schweizerische Proletariat kann in einen solchen Kampf nicht eintreten, solange nicht auch in den umliegenden Staaten die revolutionäre Bewegung genügende Fortschritte gemacht hat.» (S. 5 des Protokolls)

In der von der Konferenz angenommenen Version des Papiers (S. 10-16 des Protokolls) wurden konsequenterweise alle Aussagen zum unbefristeten Generalstreik und der dabei entstehenden Bürgerkriegsgefahr in den erläuternden Abschnitt VI verschoben. Damit wird deutlich, dass keine konkreten Schritte zur Vorbereitung dieser vierten Phase unternommen wurden.

Übrigens trug diese Analyse Grimms dazu bei, dass sich das Oltener Aktionskomitee in der Nacht vom 13. auf den 14. November 1918 schliesslich entschied, den Streik abzubrechen. Im [Aufruf zum Streikabbruch vom 14. November 1918](#) findet sich folgende Passage:

«Diese Zugeständnisse können nicht befriedigen. Um aber im Augenblick mehr zu erreichen, wäre die Umwandlung des Landesstreiks in den revolutionären Generalstreik nötig gewesen. Die Arbeiterschaft hätte über gleichwertige Waffen verfügen müssen, wie das verbrecherisch auf sie gehetzte Heer. Diese Gleichheit

bestand nicht. Die Massen wehrlos den Maschinengewehren der Gegner ausliefern, das konnten und durften wir nicht.»

Mehrfach wurde versucht, Robert Grimms Papier «Generalstreikfrage» zu einem «Bürgerkriegsmemorial» umzudeuten: Den Anfang machte die Publikation des Papiers im «Grütli» am 19. Juli 1919 – eine erste Publikation in den konservativen «Basler Nachrichten» am 27. Juli 1918 war kaum beachtet worden.

Der «Grütli», damals durch eine Gruppierung herausgegeben, die sich am rechten Rand der SP abgespalten hatte, legte das Ziel der Publikation des Papiers «Generalstreikfrage» wie folgt aus: Es galt vom [«Memorial» des Generals Wille vom 4. November 1918](#) abzulenken, das anfangs Juli 1919 veröffentlicht worden war. Wille verlangte darin aufgrund vager Gerüchte über angebliche Putschpläne die militärische Besetzung Berns und Zürich. Der Bundesrat gab dem Drängen des Generals nach. Erst dieses Truppenaufgebot löste den Proteststreik vom 9. November 1918 und danach den Landesstreik vom 12.-14. November 1918 aus. Der Hinweis auf die demagogisch zum «Bürgerkriegsmemorial» umgedeutete Grundlagenstudie Grimms zur «Generalstreikfrage» sollte vergessen machen, dass die Armeeleitung und der Bundesrat die Hauptverantwortung für die Zuspitzung der Lage im November 1918 trugen.

Robert Grimm schrieb in seinem Papier, dass aus einem Generalstreik unter Umständen ein Bürgerkrieg entstehen könne. Die Ereignisse im November 1918 gaben ihm recht. Doch die konkreten Bürgerkriegsvorbereitungen trafen nicht die Arbeiterinnen und die Arbeiter, die allein mit dem Mittel der Arbeitsniederlegung kämpften. Es war die Armeeleitung und der bürgerliche Bundesrat, die mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstete Soldaten aufmarschieren liessen und sogar die Konstituierung von paramilitärischen Bürgerwehren tolerierten und förderten.